

FRAGESTUNDE

Beginn: 13.11 Uhr
Ende: 14.10 Uhr

1) Kindergartenpädagoginnen – Reduzierung des Beschäftigungsgrades

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Schleicher** stellt an StR. **Hohensinner** MBA folgende Frage:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Schleicher**: Liebe Gäste, hoher Gemeinderat, sehr geehrter Herr Stadtrat Hohensinner! Ich habe meine Informationen von einer Kindergartenpädagogin, die in einem städtischen Kindergarten angestellt ist. Laut ihren Aussagen ist es kein Einzelfall, sie hat ein Beschäftigungsausmaß von 70 %, welches auf 50 % zurückgestuft werden sollte. Nur durch intensive Intervention ist ihr das erspart geblieben, weil sie allein erziehende Mutter ist. Andere Kolleginnen sind aber tatsächlich betroffen und zurückgestuft worden. Die Mehrstunden, da geht es fast bis um ein halbes Jahr, die zusammengekommen sind, sollten per Zeitausgleich abgegolten werden oder sind auch vom Gehalt abgezogen worden. Dafür sollen in den gleichen Einrichtungen unqualifizierte Personen angestellt worden sein, die aber die Aufgaben der Pädagoginnen übernommen haben teilweise. Unbedingt notwendige Schulungen für diese Personen werden nachgeholt und werden auch von der Stadt bezahlt. Jetzt ist natürlich so, dass die Qualität der Kinderbetreuung darunter leidet, aber auch das Arbeitsklima und das Arbeitsverhältnis leidet darunter. Auch hat sie mir gesagt, die Verträge der Kindergartenpädagoginnen werden nur oft für ein Jahr abgeschlossen, was es den Frauen und vor allem allein erziehenden Müttern schwer macht, sich auf ein Einkommen zu verlassen und längerfristig zu planen und diesen Umstand würde ich in einer städtischen Einrichtung als absolut unsozial empfinden.

Deshalb meine

F r a g e

an Sie: Haben Sie von derartigen Umständen in städtischen Kindergärten Kenntnis, und – falls ja – was ist der Grund dafür (*Applaus FPÖ*)?

StR. **Hohensinner**, MBA: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin, liebe Frau Magister Schleicher! Ich bin eigentlich sehr verwundert über den Motivenbericht und auch über die Frage und möchte ganz klar drei Punkte festhalten. Im städtischen Kinderbildungs- und -betreuungs Bereich werden Pädagoginnen eigentlich immer mit 75 % angestellt. Es gibt dann schon auch Verträge, die mit weniger Prozenten ausgestattet sind, aber das geht immer auf die Pädagogin zurück, die aus privaten Gründen keine volle Anstellung haben möchte, das zum ersten Punkt. Zum zweiten Punkt, Frau Kollegin, im städtischen Kinderbildungs- und -betreuungs Bereich sind nur ausgebildete Personen tätig, das gibt allein das Landesgesetz vor, das jede Kindergartengruppe einmal mit einer Pädagogin und zum anderen mit einer Betreuerin ausgestattet sein muss und das kontrolliert auch das Land Steiermark sehr scharf. Und der dritte Punkt verwundert mich wirklich ganz arg, Sie sagen, dass Sie draufgekommen sind, dass der Vertrag zuerst einmal nur über ein Jahr läuft. Ich möchte Ihnen einfach sagen und mich verwundert, dass Ihr Klubdirektor Sie nicht darauf aufmerksam gemacht hat, ein Vertrag dauert bei der Stadt Graz zuerst einmal immer nur ein Jahr, dann wird der Vertrag auf zwei Jahre verlängert und dann ist er einfach unbefristet. Also diese drei Punkte möchte ich wirklich ganz klar unterstreichen und ich möchte Ihnen auch sagen, wenn eine Mitarbeiterin zu Ihnen kommt und solche Behauptungen aufstellt, dann bitte einfach vertraulich an mich weiterleiten, weil dieser Bereich ist aus meiner Sicht ganz, ganz sensibel und wenn solche Behauptungen, was die Qualität unseres Kinderbildungs- und -betreuungs Bereiches aufgestellt werden, dann möchte ich schon sagen, dass ich mich verwehre, dass hier parteipolitisches Kleingeld gewechselt wird.

Also wenn irgendeine Befürchtung da ist, bitte an mich weiter verweisen und wenn dann nur irgendwas dran ist, dann werde ich das natürlich berichtigen, aber ich habe in meiner Abteilung angefragt und diese drei Punkte wurden ganz klar dargelegt (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Schleicher**: Danke für die Informationen. Es ist tatsächlich ein sehr sensibler Bereich, deshalb erkundige ich mich ja auch. Ich habe mich mit der Dame auch mehrmals getroffen, sie macht mir einen sehr vertrauenswürdigen Eindruck und deshalb frage ich ja jetzt auch nach. Es soll sich nämlich vorwiegend um Einrichtungen handeln, die sehr viele Kinder mit Migrationshintergrund haben, diese unqualifizierten Personen, so wie sie sie nennt, haben sehr schlechte Deutschkenntnisse, vielleicht gibt es da den Zusammenhang, damit sie halt mit den Kindern besser kommunizieren können. Nichtsdestotrotz haben sie nicht die pädagogische Ausbildung, die unsere Kindergartenpädagoginnen haben. Nichtsdestotrotz ist es ein Nachteil für unsere eigenen Kindergartenpädagoginnen und natürlich auch ein Nachteil für unsere eigenen Kinder. Weiters hat sie mir...

Zwischenruf unverständlich.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Schleicher**: Darf ich noch ausführen, was die Sorgen der Bürgerin sind?

Bgm. Mag. **Nagl**: Zusatzfrage bitte formulieren, das andere gehört eigentlich in die Frage hinein.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Schleicher**: Weiters hat sie mir gesagt, dass bei Vertragsunterzeichnung zu ihr gesagt worden ist, diese Umstände dürfen nicht nach draußen dringen, das wäre ein Kündigungsgrund. Kannst du dir das vorstellen?

StR. **Hohensinner**, MBA: Nein, und mein Angebot ist, bitte kommen Sie mit dieser Mitarbeiterin zu mir, wir haben hervorragendes Personal in unseren Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen und die Frau Punkenhofer, das ist die Leiterin, die begleitet dieses Personal hervorragend, Sie wissen auch immer, dass Sie in der Frau Punkenhofer eine Ansprechperson haben und was Sie vielleicht meinen, ist ein Zusatzpersonal, das wir zusätzlich zu unserem gesetzlichen Auftrag bereitstellen, die Integrationsassistenz, aber auch diese ist gut ausgebildet. Also ich bin wirklich verwundert, wie Sie versuchen, Mitarbeiter gegen Zusatzpersonal auszuspielen. Bitte kommen Sie zu mir, das ist ein sensibles Thema und unser Bereich ist wirklich großartig und ich bedanke mich an dieser Stelle bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (*Applaus ÖVP*).

2) Künftige Leitung des Frauenressorts durch ein männliches Stadtsenatsmitglied?

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe** stellt an Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck** folgende Frage:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe**: Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe BesucherInnen auf der Galerie oben! Danke für die Einladung, dass die Frage dringend ist. Eine Frage an dich, Martina, es wird ja jetzt mit deinem Weggang von der Politik dein Ressort neu besetzt und es ist natürlich, nachdem du auch das Frauenressort hast, die Frage, ob ihr schon dazu euch Gedanken gemacht habt, wie das weitergeht. Wir selber als Grüne, ihr genauso als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, habt ja zu Recht, finde ich, immer wieder kritisiert, wenn etwa auf Bundesebene das ein Thema war, dass Frauenagenden mit einem männlichen Regierungsmitglied besetzt werden. Möglicherweise wird das uns jetzt doch bevorstehen, nachdem deine Nachfolge ja durch einen Mann vorgenommen wird.

Daher die

Frage:

Wie seht ihr das, wie siehst du das, wie geht ihr damit um?

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin, liebe Daniela! Wenn in einem Ressort die politische Zuständigkeit wechselt und eine andere Person das Ressort übernimmt, dann würde ich das einmal nicht mit einer De-facto-Abschaffung des Frauenreferates in Verbindung bringen, wie du das in deinem Motivenbericht anführst. Ich gehe auch davon aus, dass es keine Änderungen gibt in den Aufgabenstellungen des Referates für Frauen und Gleichstellung. Es wird eine Änderung in der politischen Zuständigkeit geben, nachdem ich meine Funktionen in der Stadt Graz beim nächsten Gemeinderat im Juni zurücklegen werde und bis dahin wird es auch ganz klar Gespräche geben, Gespräche, die mein Nachfolger Michael Ehmman mit allen Stadtsenatsreferenten und -referentinnen führen wird, die teilweise

schon stattgefunden haben oder in Kürze stattfinden werden. Diesen Gesprächen möchte ich nicht vorgreifen. Grundsätzlich möchte ich noch dazusagen, dass der Gemeinderat auf Vorschlag des Bürgermeisters über die Ressortverteilung die Entscheidung trifft (*Applaus SPÖ*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe**: Letzteres ist mir natürlich bewusst, weil ich auch schon einige Zeit hier bin. Die Zusatzfrage ist jetzt, außer du antwortest mir dann, du kannst dem wieder nicht vorgreifen, ob eine Änderung der Ressortzuständigkeiten zum Beispiel, wie vom Grazer Frauenrat angeregt zu einer der beiden Kolleginnen denkbar ist oder nicht, und zu dem Zitat noch, das war von euch ein Zitat, was die De-facto-Abschaffung betrifft, wenn auf Bundesebene das Frauenressort mit einem Mann besetzt würde. Ich habe nur euch zitiert (*Applaus Grüne*).

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Meine Antwort lautet, wie du vermutest, die Gespräche werden von meinem Nachfolger Michael Ehmann geführt werden und diesen Gesprächen kann ich jetzt nicht vorgreifen, das sind die Gespräche, die in seiner Verantwortung liegen, in seiner Entscheidung liegen und darum möchte ich da jetzt auch nicht, kann ich auch gar nicht, darauf eingehen. Nachdem der Herr Bürgermeister der Nächste ist, der eine Frage gestellt bekommt, nämlich vom Herrn Gemeinderat Philip Pacanda, darf ich den Vorsitz jetzt übernehmen.

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ Schröck übernimmt um 13.20 Uhr

3) Mehr direkte Demokratie! Änderung des Volksrechtegesetzes

GR. **Pacanda** stellt an Bgm. Mag. **Nagl** den Vorsitz.

GR. **Pacanda**: Sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer, liebe KollegInnen aus dem Gemeinderat, sehr geehrter Herr Bürgermeister! In der Gemeinderatssitzung im Mai 2015 diskutierten wir einen dringlichen Antrag der Piratenpartei zum Thema Änderung des Volksrechtsgesetzes. Der Grazer Gemeinderat hat damals einstimmig beschlossen, sich dieses wichtigen Themas anzunehmen und einen Vorschlag für eine Änderung des Volksrechtegesetzes zu erarbeiten.

Im Dezember letzten Jahres haben wir Sie, Herr Bürgermeister, haben wir nachgefragt und Sie haben dann, ich zitiere, angekündigt, gleich zu Jahresbeginn wird dann ein Arbeitskreis damit befasst werden, um einen entsprechenden Novellierungsvorschlag gemeinsam auch mit unseren Bürgerinitiativen seitens der Stadt Graz zu erarbeiten. Daher richte ich namens der Piraten an Sie folgende

Frage:

Was können Sie uns über die Ergebnisse des angekündigten Arbeitskreises berichten, inwieweit wurde ein Novellierungsvorschlag ausgearbeitet?

Bgm. Mag. **Nagl**: Geschätzter Herr Gemeinderat! Danke für die wiederholte Gelegenheit hier im Gemeinderat, eine Antwort darauf zu geben. Es wissen ja alle, dass ich ein großer Fan von direkter Demokratie bin und dass ich auch gerade diesem Gemeinderat und die Stadt Graz schon sehr damit beschäftigt habe, weil ich es ja auch einmal zustande brachte, dass wir nicht nur als ÖVP eine direkte Befragung durchgeführt haben, sondern dann auch hier als Gemeinderat eine solcher

durchgeführt haben. 70.000 Menschen haben damals entweder durch das Mittun zu Hause oder am Arbeitsplatz mittels Internet getan oder sind am Sonntag auch in die Wahllokale gegangen, um mitabzustimmen. Eine der Fragen von mir war damals, sollen wir auf diesem Wege weitermachen? Da ist ein ganz klares Ja herausgekommen und ich habe dann feststellen müssen, dass aufgrund des Einwandes eines Bürgers von Graz uns auch als Gemeinderat verboten wurde, solche Befragungen durchzuführen. Daraufhin haben wir eine Initiative gestartet und das Land gebeten, dieses aus meiner Sicht, aus unserer Sicht der ÖVP, schon überalterte Volksrechtegesetz zu novellieren. Im Dezember hast du wieder nachgefragt, du trägst auch heute wieder eines deiner interessanten T-Shirts und ich kann dir nur sagen, ich stimme dir und deinem Ausspruch auf dem T-Shirt zu: „Sollte, hätte, könnte, würde“, sollen wir nicht, sondern man sollte machen und deswegen habe ich einmal angekündigt, sollten wir vom Land nichts mehr hören, machen wir eine Arbeitsgruppe. Jetzt haben wir aber vom Land was gehört, weil meine Fraktion auf Landesebene die Initiative jetzt übernommen hat und einen Entwurf ausgearbeitet hat, es wird, so wie es aussieht, nicht zu einer Änderung des Volksrechtegesetzes kommen, es wird ein neues Landesgesetz vielleicht geben und dieses neue Landesgesetz wird für Gemeinden regeln, wie man künftig auch die Bürgerinnen und Bürger miteinbinden kann und befragen kann. Also ein zusätzliches Gesetz. Ich habe den Entwurf in der Stadt noch nicht bekommen, auf Landesebene wird daran noch gearbeitet, sollte das nicht bald vorliegen, werde ich selbstverständlich den versprochenen Arbeitskreis dann auch einberufen (*Applaus ÖVP*).

GR. **Pacanda:** Danke für die Beantwortung. Ich stelle mir jetzt die Frage, ob es nicht ab dem Zeitpunkt, wo du, wo wir den Entwurf haben, sowieso sinnvoll wäre, wie damals eben vorgeschlagen, einen Arbeitskreis zu machen, Bürgerbeirat einzubinden und dementsprechend es dort noch einmal sozusagen zu diskutieren. Siehst du das auch

so, dass das sinnvoll wäre und würdest du das dementsprechend dann in die Wege leiten, dass das passiert?

Bgm. Mag. **Nagl**: Würde ich gerne machen, ich hoffe, dass das Land in unserem Sinne dann auch mittut. Soweit ich weiß, befindet sich dieser Vorschlag jetzt gerade in der Prüfungsphase durch den Landesverfassungsdienst, damit da alles auch seine Richtigkeit hat. Sobald ich einen solchen abgestimmten Entwurf bekomme, werde ich auf alle Fälle auch den Gemeinderat informieren und dann wäre es auch gut, mit unseren Bürgerbeteiligungen, allen Menschen, die sich hier auch verwenden, heute darf man ja einen im Besonderen wieder begrüßen, dann diese auch einzuladen, damit wir das möglichst noch abstimmen, bevor es wirklich zum Landesgesetz wird (*Applaus ÖVP*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 13.25 Uhr den Vorsitz.

4) Sicherheit auf der Grazer „Auwies'n“

GR.ⁱⁿ **Heuberger** stellt an StR. Mag. (FH) **Eustacchio** folgende Frage:

GR.ⁱⁿ **Heuberger**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Stadtsenat, geschätzte Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat und liebe Gäste auf der Galerie und Herr Stadtrat Eustacchio! Es geht mir um die Sicherheit auf der Grazer Auwies'n, die wunderschön ist. Unsere wunderschöne „Auwies'n“ an der südlichen Grenze wird

mittlerweile von ganz vielen Menschen sehr gerne benützt und es ist dort ein buntes, schönes Treiben, doch auf dieser Wiese ist manchmal recht „locker“, und wenn man genau hinschaut, auch nicht ganz ungefährlich.

An den öffentlichen Grillplätzen, das sind genau vier Stationen, erheben sich an den Wochenenden wirklich säulen-hohe Rauchschwaden, schon deshalb, weil im umliegenden Wald und Gebüsch das grüne Gehölz abgeschnitten wird (Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke), also es wird gestohlen und ich habe selbst gesehen, wie dort Männer mit Sägen und Hacken ausrücken, um Holz zu suchen. Ohne Rücksicht nehmen sie dort alles Tragbare mit und es wird einfach zum Ärger der umliegenden Bauern und Waldbesitzer dort Müll angehäuft. Dabei erinnere ich aber auch im Rahmen dieses Heizens an das Grazer Heizverbot.

Leider finden an den schönen Wochenenden auch nicht immer alle platzsuchenden Menschen rechtzeitig eine vorgesehene Grillstelle, wie gesagt, es sind nur vier, so dass sehr viele mitgebrachte „Einweggriller“, bis dahin wusste ich gar nicht, dass es das gibt, und andere Grillmöglichkeiten Verwendung finden, sowie alles, was für ein Fest benötigt wird, wird mitgebracht, um sich damit in irgendeine „Waldnische“ zu platzieren. Sehr oft passiert dies an den Ufern der Biotop, die eigentlich als Brutstätten für die Wildtiere errichtet wurden und da quakt es im Froschteich und im Schilf brüten gerade jetzt die Enten.

Der hinterlassene Müll nimmt auch auf der öffentlichen Grill- und Liegewiese unerträgliche Ausmaße an. Unsere fleißigen Säuberungsteams aus der Holding-Abfallwirtschaft treffe ich sehr häufig an, ich wohne nur 500 Meter entfernt von dort, wenn sie tagtäglich in den Morgenstunden Unmengen an Unrat, Bierdosen und Flaschen, Scherben, Alltagsmüll und Papier und alles Mögliche aufsammeln, auch Essensreste und ganze Fleischstücke. An den schönen Wochenenden entsorgen die 400 Kilogramm Müll. Unappetitlich ist auch die Tatsache, dass eben diese Gebüsche am Waldrand im höchsten Ausmaß von menschlichen Fäkalien voll sind.

Unverbesserliche Hundehalter, ich bin selber einer und weiß, was ich sage, ignorieren unsere tolle Hundewiese und sind immer wieder in Naturgewässern anzufinden, um dort mit Apportieren die „Naturwiegen“ zu zerstört werden.

Dennoch plädiere ich dafür, die freie Grillwiese unbedingt zu belassen, weil sie wunderschön ist und gerne angenommen wird.

Deshalb stelle ich an dich, sehr geehrter Herr Stadtrat, die

Frage:

Bist du bereit, das Referat für Sicherheitsmanagement und Bevölkerungsschutz mit der Ausarbeitung eines unter Einbindung unter anderem der zuständigen Polizeidienststellen von Graz und Graz-Umgebung sowie der Ordnungswache aus Graz ein Konzept zu beauftragen, das eine zielführende Lösung der geschilderten Problemlagen auf der Grazer „Auwies'n“ zum Inhalt hat (*Applaus ÖVP*)?

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Frau Gemeinderätin, liebe Ingrid! Ich bin dir dankbar für die Fragestellung, weil es mir nämlich die Gelegenheit gibt, einmal auch Klarheit zu schaffen über die Zuständigkeiten. Du hast eine Frage an mich gestellt, die in Wirklichkeit vier Stadtsenatsreferenten betreffen würde und vielleicht, dass man es auch einmal ein bisschen klarer hier zum Ausdruck bringt. Das Referat Sicherheitsmanagement und Bevölkerungsschutz unterteilt sich grob in zwei Bereiche, Sicherheit und Ordnungswache. Für den Bereich Sicherheit ist ausschließlich der Herr Bürgermeister verantwortlich, das heißt, das wäre auch richtig gewesen, die Frage an ihn zu stellen. Aber wir tun kein Kleingeld wechseln, wir werden dann schon noch weiter zu einer Lösung kommen. Aber auch zur Verdeutlichung für die Geschäftseinteilung, dass das auch einmal klar ist. Im Bereich des Herrn Bürgermeister

in diesem Referat ist angesiedelt Allgemeines Sicherheitsmanagement und Fragen der alltäglichen Gefahrenabwehr, Ansprech- und Verbindungsstelle für externe Einsatzorganisation, zum Beispiel Polizei. Koordinierung sicherheitsrelevanter Maßnahmen und Planung der Stadt, Bearbeitung von fachübergreifenden sicherheitspolitischen Fragestellungen, alle Angelegenheiten des Zivil- und Katastrophenschutzes und er ist der Vorsitzende des Sicherheitsnetzwerkes Graz, welches als Beratungs- und Informationsplattform in Sicherheitsfragen ein koordiniertes Vorgehen aller Einsatzorganisationen sicherstellen soll. Ich, wie du richtig weißt, bin für die Ordnungswache tätig und jetzt komme ich zum Einsatz der Ordnungswache. Die Aufsichtsorgane der Ordnungswache Graz, derzeit 37 Damen und Herren, sind nach den Bestimmungen des Steiermärkischen Aufsichtsorgangesetzes zur Überwachungstätigkeit bestellt, ihre Aufgaben grenzen sich auch deutlich von jenen der Polizei ab. Die Ordnungswache ist nicht für Sicherheit im Sinne des Strafrechtes zuständig und ahndet keine Straftaten. Die Zuständigkeit erstreckt sich beispielsweise nach dem Steiermärkischen Landessicherheitsgesetz in sogenannte Anstandsverletzungen, Wildpinkeln wäre so etwas zum Beispiel, oder nach den ortspolizeilichen Verordnungen der Stadt Graz Wegwerfen von Abfällen etc., das ist korrekt. Diese Aufgaben erfüllt die Ordnungswache in hervorragender Weise, beispielsweise in der Auwiese führt die Ordnungswache jeden Tag, das heißt von Montag bis Sonntag, mindestens zwei, ein paar Mal am Tag auch mehrere, Überprüfungen als Kontrolle durch und sieht dort nach dem Rechten. Jedoch stößt diese in jenen Fällen auf ihre Grenzen, wo die Zuständigkeit endet beziehungsweise die Bedingungen vor Ort das Verhalten der Bevölkerung mangelhaft und ablehnend ist. Einerseits sind die Missstände, wie von dir beschrieben, wahrnehmbar. Es gibt zum Beispiel zu wenige Grillplätze und Mistkübel, auch die Beschilderung ist irreführend, die Hundewiese ist ein ganz spezieller Fall. Der größte Teil wird von einem Teich eingenommen, der weder Zu- noch Abfluss hat und dementsprechend ist das Wasser auch verdreckt. Also kein Wunder, dass die Leute ihre Hunde dort nicht reinlassen. Das sind die verschiedensten Probleme und da ist die GBG zum Beispiel zuständig, im

Übrigen sind auch sehr viele, und man muss es halt immer wieder sagen, Damen und Herren mit Migrationshintergrund, die sich nicht an die Regeln halten und das ist ein Problem, das die Ordnungswache auch klar anspricht. Das heißt, ich will damit sagen, es ist eine Problemstellung, die mehrere Stadtsenatsreferenten betrifft, das ist kein Thema der Ordnungswache allein und ich bin bei dir, dass es hier zu koordinierenden Maßnahmen kommen muss, aber da sind alle hier, angefangen vom Stadtrat Rüschi, Bürgermeister, Kurt Hohensinner aufgefordert, hier auch das Ok zu geben, dass wir das tun. Weil, wie gesagt, der Herr Bürgermeister in diesem Teil für die Sicherheit auch zuständig ist und auch den Auftrag geben muss. Ich kann es der Ordnungswache geben beziehungsweise dem Herrn Mag. Hübel, aber der Herr Bürgermeister muss es auch von seiner Seite tun (*Applaus FPÖ*).

GR.ⁱⁿ **Heuberger**: Zur kurzen Aufklärung, ich verstehe das mit dem Migrationshintergrund, dass da die Ordnungswache eine Überzahl wahrnimmt, nur die stehenden Burschen, die ich selbst gesehen habe, waren keine mit Migrationshintergrund, das ist das eine. Und das andere, ich mache mir oft Sorgen, dass dort der Wald zu brennen beginnt an heißen Sommertagen und vielleicht ist es möglich, die Ordnungswache wenigstens an den wirklich heißen Wochenenden zu verstärken, das wäre eine Bitte und die Koordinierung deinerseits, ich nehme deine Hilfe sehr gerne an, versuchen wir, es miteinander in einen guten Weg zu bringen, es wäre schade um die schöne Auwies'n (*Applaus ÖVP*).

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Ja, Ingrid, so wie es angesprochen worden ist, das war auch bitte jetzt nicht der Hinweis, dass da ausschließlich Menschen mit Migrationshintergrund tätig sind und für die Vermüllung sorgen oder für diesen

Grünschnittmissbrauch. Aber ich gebe da wieder, was dort wahrgenommen wird und das ist so und wenn wir uns zusammenraufen und sagen, wir gehen das an und alle damit einverstanden sind, werden wir es vielleicht in den Griff kriegen. Aber es ist kein Thema, das bei der Ordnungswache allein angesiedelt ist und das ist, glaube ich, wichtig festzuhalten. Danke (*Applaus FPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin, liebe Ingrid, sieht sehr nach einem Grillabend mit dem Herrn Stadtrat Eustacchio und mit mir aus. Wir kommen. Wir werden uns das einmal gemeinsam anschauen.

5) Spritzmitteleinsatz im Weingarten bei der Ruine Gösting

GR.ⁱⁿ **Thomüller** stellt an StR.ⁱⁿ Rucker folgende Frage:

GR.ⁱⁿ **Thomüller**: Sehr geehrte KollegInnen, liebe ZuhörerInnen auf der Galerie, sehr geehrte Frau Stadträtin Rucker! Die Burgruine Gösting wird als beliebtes Ausflugsziel und Naherholungsmöglichkeit von vielen Grazerinnen und Grazern sehr geschätzt.

Das Gelände rund um die Ruine ist als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen. Dennoch wurde dort zirka ein Hektar Wald abgeholzt, um einen Weingarten aufzuziehen. Im Weingarten wird, teils als im Weinbau übliche Maßnahme, teils durch die besonders negativen Bedingungen mitten im Wald Spritzmittel ausgebracht. Ein von der Stadt Graz in Auftrag gegebenes agrartechnisches Amtssachverständigen-Gutachten bestätigt die negativen Auswirkungen auf Mensch und Tier, weshalb der Weingarten auch umzäunt wurde.

Dennoch wurde die wasserrechtliche Bewilligung für diesen Weingarten sowie zur Verwendung von chemischen Schädlingsbekämpfungs- und Unkrautvertilgungsmitteln auf den gegenständlichen Grundstücken bereits erteilt.

Es bleibt jedoch zu befürchten, dass die giftigen Mittel, durch die Luft oder den Boden verbreitet, sich letztendlich negativ auf die Gesundheit der Grazer Bevölkerung auswirken.

Daher richte ich an Sie, sehr geehrte Frau Stadträtin, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Frage:

Welche Maßnahmen werden Sie in Ihrer Funktion als Umwelt- und Gesundheitsstadträtin treffen, um zu gewährleisten, dass für die Grazerinnen und Grazer kein gesundheitsschädlicher Einfluss durch die eingesetzten Spritzmittel am Weinhang bei der Ruine Graz-Gösting entsteht (*Applaus KPÖ*)?

StR.ⁱⁿ **Rücker**: Liebe Martina, liebe Frau Gemeinderätin! Ich finde es schon ein bisschen, geradezu ein bisschen grotesk, dass du ausgerechnet bei mir nachfragst, wie wir zur Spritzmittelverwendung in diesem Weingarten stehen, wo allein voran meine Kollegin Gemeinderätin Pavlovec-Meixner und auch wir als Grüne immer ganz klar gemacht haben, dass wir gegen diese Errichtung dieses Weingartens sind und auch, wenn ich gekonnt hätte als Gesundheits- und Umweltstadträtin, hätte ich jede Möglichkeit unternommen, diesen zu unterbinden. Aber es gibt mir die Möglichkeit, noch einmal die Situation rund um den Weingarten kurz noch einmal in Erinnerung zu rufen. Es gibt dort eine Problematik, dass im Jahr 2011 zum ersten Mal schon von der Stadt, von der

Bau- und Anlagenbehörde das Verfahren aus der Hand gegeben wurde, in dem sie säumig geworden ist und damit das Land diese Rodungsbewilligung erteilen konnte, leider positiv. Das Verfahren selbst ist nach wie vor im Gange, wir hoffen, dass der Naturschutzbeauftragte der Stadt jetzt im aktuellen Verfahren sich doch noch durchsetzen wird, es wird aber nicht sehr einfach. Leider gibt es eben den von dir entsprechend angemerkten positiven Bescheid der Wasserrechtsbehörde inzwischen auch, wozu der Herr Stadtrat Eustacchio wieder zuständig ist. Das heißt, wo ich hätte können, hätte ich gerne eingegriffen, aber ich war leider in dieser ganzen Angelegenheit nie als zuständige Stadträtin befasst. Zum Einsatz von den Pestiziden in der Landwirtschaft. Auch da sind die Grünen, denke ich mir, ganz klar in der Haltung, wir sind diejenigen, die ganz lange bis in die EU hinauf gegen Glyphosat uns stark gemacht haben, das Totalverbot angestrebt haben. Wir wollten auch schon lange ein bundesweites Reduktionsprogramm von Pestiziden, wir stehen für den Nützlingseinsatz, für die Einhaltung der Fruchtfolge und die Verwendung von nicht chemischen Pflanzenschutzmitteln. Leider ist auf der EU-Ebene gerade erst wieder die Verlängerung von der Bewilligung vom Glyphosat beschlossen worden. Dass aktuell das Pflanzenschutzgesetz 2011 und das Steiermärkische Pflanzenschutzgesetz für unsere Behörden Geltung hat, ist leider eine Tatsache, auch wenn ich sie nicht befürworte. Glyphosat beispielsweise ist trotz der Warnung der WHO nach wie vor hier legal erhältlich und damit leider auch legal einsetzbar. Österreich hat auch heuer als Nationalstaat wieder einer Verlängerung der Zulassung auf EU-Ebene zugestimmt. Auch das Basophilia, das laut Angaben der BürgerInneninitiative ebenso im Weingarten angewendet werden soll, ist ein Dünger beziehungsweise Pflanzenstärkungsmittel und kann ohne Beschränkungen gekauft werden. Das heißt, auf Basis der gesetzlichen Grundlagen arbeiten wir im Grazer Umweltamt und erstellen Gutachten usw. Ab dem Zeitpunkt, wo festgestellt werden muss, dass dort etwas wider das Gesetz passiert, dass dort etwas eingesetzt wird, was verboten ist, muss man eine Anzeige machen, aber momentan ist es so, dass leider die rechtlichen Rahmenbedingungen uns die Hände binden. Aber von mir jede Unterstützung, dass hier die weiteren Bestrebungen

hier wegzukommen von diesen Pestizideinsatz generell geregelt gehören, aber das können wir dort leider vor Ort nicht und dass dieser Weingarten uns ein Dorn im Auge ist wie euch, nehmen ich an, ist, denke ich mir, nicht verborgen geblieben (*Applaus Grüne*).

GR.ⁱⁿ **Thomüller**: Die Frage war nicht wirklich, wie stehen die Grünen dazu, das war mir schon klar, dass Sie da auch dagegen sind, sondern welche Maßnahmen können Sie zusätzlich treffen und wasserrechtliche Bewilligung ist da, aber meine Frage bleibt trotzdem, wie kann man das auch in Zukunft kontrollieren, dass da keine Verschmutzung des Grundwassers oder eine, sage ich einmal, Beschmutzung der Bevölkerung, die dort wandert, geht oder verhindert werden, wie kann man das erstens kontrollieren beziehungsweise verhindern (*Applaus KPÖ*)?

StR.ⁱⁿ **Rücker**: Wenn wir diesen Weingarten als Segen für die Natur und die Menschen dort empfunden hätten, hätten wir nichts dagegen gehabt. Das ist eben so, dass wir gesagt haben, der wird Auswirkungen haben auf den Wald, auf die Umgebung, auch den Boden, auch den Hochwasserschutz, das haben wir auch sehr deutlich gemacht und auf das Wasser. Das ist jetzt ein Faktum, es wurde trotzdem eine wasserrechtliche Genehmigung erteilt. Ich weiß nicht, wie die Vorstellung ist, dass ich mich dort hinstelle und den Leuten sage, Achtung, wenn Sie hier vorbeigehen, werden Sie womöglich besprüht, das kann ich mir vorstellen, weil wir sind die größte landwirtschaftliche Gemeinde in der Steiermark, wir hätten da relativ viel zu tun. Es ist leider so, dass der rechtliche Rahmen mich da bindet, es gibt jetzt einen Zaun, ich hoffe, dass die Menschen sich dessen bewusst sind und ich hoffe, dass trotzdem das Verfahren am Ende letztendlich auch gegen die Nutzung als Weingarten einfach ausgeht. Das ist die

einzigste Möglichkeit, wie wir dort weiterkommen. Diese Verschmutzung ist leider legal, kann ich momentan nicht anders beantworten (*Applaus Grüne*).

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ Schröck übernimmt um 13.45 Uhr den Vorsitz.

6) Straßenbenennungen

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Marak-Fischer** stellt an Bgm. Mag. **Nagl** folgende Frage:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Marak-Fischer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kollegen und Kolleginnen, sehr geehrte Zuhörer und Zuhörerinnen auf der Tribüne! Graz hat die Situation und es hat vor etwa einem Jahr eine Ausstellung mit dem Namen „Lost Space“ auch ganz deutlich gemacht, dass es ganz, ganz wenige, sind gut 40 Straßen und Plätze in Graz, die nach Frauen benannt sind und das, obwohl es selbstverständlich viele, viele wichtige und einflussreiche Frauen gegeben hat, die diese Stadt mitgestaltet haben. Wir haben das auch heute am Vormittag ja eindrucksvoll auch gesehen, dass es auch derzeit viele, viele tolle Frauen gibt, die es auch wert sind, geehrt zu werden und ähnlich verhält es sich aber auch in der Vergangenheit natürlich mit Frauen und Männern, und trotzdem herrscht ein eklatantes Missverhältnis an Straßen, die nach Frauen benannt sind und Straßen, die nach Männern benannt sind. Diese Tatsache ist auch hier schon öfters festgestellt worden und es gibt ja auch eine Richtlinie, die sich zu Straßenbenennungen oder die sich auf Straßenbenennungen bezieht, wo ausdrücklich drinnen steht, ich zitiere, „wobei Namen von Frauen vorrangig zu verwenden sind“. Natürlich mit dem Ziel, dass sich der Anteil an Straßen mit Frauennamen erhöht. Wir haben dieses Thema im Frauenausschuss, wir haben auch

immer wieder bedauernd müsse, zur Kenntnis nehmen, dass der Frauenausschuss, aber auch das Referat für Frauen und Gleichstellung in dem Procedere der Straßenbenennungen leider keine Stellung hat, nicht gehört werden muss. Trotzdem sehen wir uns natürlich schon auch dazu berufen und imstande, etwas zu dem Thema zu sagen und wir haben es in der letzten Sitzung des Frauenausschusses auch thematisiert und sind hier mehrheitlich zu der Entscheidung gelangt, uns auch dafür auszusprechen, dass die neue Chance, die sich jetzt bietet, nämlich Reininghaus, wo ja, wie uns auch das Stadtvermessungsamt mitgeteilt hat, fünf neue Straßen zu benennen sind, ein Platz und ein Park, dass das einfach eine gute Gelegenheit wäre, um den Frauenanteil ein wenig zu erhöhen, indem man zum Beispiel die fünf Straßen nach Frauen benennt und wir sind mehrheitlich zu diesem Entschluss auch im Ausschuss gekommen, wohl wissend, dass wir jetzt grundsätzlich rein rechtlich keine Möglichkeit haben. Wohl sollte es aber einen breiten politischen Diskussionsprozess aller Fraktionen, denke ich, zu diesem Thema geben und es gibt ja zwei Ausschüsse, die sehr wohl laut Richtlinie dazu gefragt werden und zwar ist das einerseits der Kulturausschuss und andererseits der Stadtplanungsausschuss und falls Sie sich fragen, wann ich endlich zu meiner Frage komme, jetzt.

Ich darf Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister daher

f r a g e n :

Sind Sie in Ihrer Zuständigkeit als Stadtplanungs- beziehungsweise Stadtvermessungsreferent dazu bereit, es zu unterstützen, dass der Vorschlag für künftig neue Straßenbenennungen – unter anderem für den neuen Stadtteil Reininghaus – wie in den Richtlinien vorgesehen, im Kulturausschuss sowie im Stadtplanungsausschuss diskutiert und erstellt wird (*Applaus SPÖ*)?

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Gemeinderätin! Die Vorgehensweise bei den Straßenbenennungen ist in den dazu vom Gemeinderat am 16.11.2006 einstimmig beschlossenen Richtlinien geregelt. Im Punkt 7/1 dieser Richtlinie ist für die Neubenennung folgendes Procedere vorgesehen: Zuerst wird der Bezirksrat des betroffenen Stadtbezirkes gehört, dann gibt es die Stellungnahme der Magistratsabteilung 16 – Kulturamt, dann kommt der Benennungsakt, ist danach über die Stadtbaudirektion dem Stadtsenatsreferenten für das Stadtvermessungsamt, das ist in dem Fall ich, vorzulegen. Diesem Ausschuss obliegt es, die Namensgebung dem Gemeinderat antragstellend zur Beschlussfassung vorzulegen und den Benennungsakt zur aktenmäßigen Behandlung des anderen vorgeschlagenen Namens an das Stadtvermessungsamt rückzuleiten. Selbstverständlich sind diese Richtlinien des Gemeinderates einzuhalten und gemäß diesen Richtlinien Vorschläge für neue Straßenbenennungen im Ausschuss für Stadt- und Grünraumplanung zu diskutieren, jedoch nicht im Kulturausschuss (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Marak-Fischer**: Dankeschön für die Information noch einmal. Und wenn ich jetzt noch einmal persönlich fragen darf, sind Sie als Bürgermeister beziehungsweise auch als zuständiger Referent in dem Fall dafür, werden Sie sich stark machen dafür, dass die fünf Straßen nach Frauen dieser Stadt benannt werden?

Bgm. Mag. **Nagl**: Geschätzte Frau Gemeinderätin! Ich freue mich ja heute über diese Frage, weil gerade eure Fraktion hat ja jetzt nach der heutigen Debatte, die wir schon hatten, zumindest auf Bundesebene die Gelegenheit zu zeigen, dass auch eine Bundeskanzlerin unter Umständen ausgewählt wird, sehr wohl ich genau gelesen habe, wer was gesagt hat. Ich möchte dazusagen und es ist mir schon wichtig, weil wir

manchmal schon sehr stark auch an der Oberfläche diskutieren und in der Öffentlichkeit einen Eindruck erwecken, wir würden das Thema Gleichstellung von Frauen hier in der Stadt Graz nicht wirklich leben. Ich darf jetzt schon lange in der Regierung auch mitwirken und ich kann auch aufgrund der letzten Bestellungen bei Abteilungsvorständen, bei Bestellungen im Bereich auch unserer Beteiligungen etc. darauf hinweisen, dass Frauen sich auch, Gott sei Dank, durchsetzen und bei uns auch immer mehr Verantwortung übernehmen. Im Fall Reininghaus habe ich, ich weiß ja, was im Ausschuss immer los ist, wie das diskutiert wird und es gibt ein Ungleichgewicht, obwohl die meisten Menschen ja bei den Straßen, die wir in Graz benannt haben, ja keinen Vornamen dabei haben, also wenn man es genau untersucht, kommt man drauf, dass in der Historie leider viel zu wenige Frauen auch eine entsprechende Würdigung bekommen habe. Ich habe in der Stadtregierung einen Vorschlag gemacht, dass wir versuchen sollten, im Bereich Reininghaus auch aufgrund der besonderen Architektur, die wir dort leben, und diesen neuen Weg der Stadtplanung und der Stadtentwicklung, die wir dort geben, diesen einen Platz und die vier Straßen, die Hauptstraßenzüge, es wird ja dann noch viele Nebenstraßen geben, möglichst nach berühmten vielleicht auch mit Graz in Verbindung zu bringenden Architektinnen und Architekten zu benennen. Ist auch ein Vorschlag und eine Idee, das müssen wir dann noch gemeinsam durchdiskutieren. Wenn euch vier Frauen einfallen, soll mir das Recht sein, das war eine Grundidee. Dann haben wir, und das kann ich schon ankündigen, auch noch ein zweites großes Projekt in Graz, nämlich hinter dem Bahnhof SmartCity, auch dort wird es zu Straßenbenennungen kommen, also ich glaube, wir werden da im entsprechenden Ausschuss dann, Vorschläge habe ich eh schon erbeten von den Regierungskollegen, wenn jetzt auch Vorschläge aus dem Kulturausschuss oder aus dem Frauenbereich da ist, bitte, sagt es mir, ich werde versuchen, das dann so aufzubereiten, ich glaube, wir werden zu einer gemeinsamen Beschlussfassung dann kommen (*Applaus ÖVP*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 13.50 Uhr den Vorsitz.

7) Bürgerbeteiligung – Zuweisung finanzieller Mittel

GR. Mag. **Sippel** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich darf den Herrn Gemeinderat Armin Sippel nicht nur zum Rednerpult bitten, sondern ich möchte auch jetzt auf das eingehen, was er eingangs in der Gemeinderatssitzung heute hier von mir begehrt hat. Nach eindringlichem genauen Hinschauen haben wir im Bereich der Magistratsdirektion jetzt eigentlich folgendes Ergebnis: Es hätte auch die Frage, die die Frau Mag.^a Ulrike Taberhofer das letzte Mal gestellt hat, nicht zugelassen werden dürfen und damit hat der Herr Klubobmann auch Recht behalten.

GR. Mag. **Sippel**: Ich hoffe, dass ich jetzt auch Recht habe mit meiner Anfrage an den Stadtrat Rüsch, das trifft sich ja sehr gut, für beides zuständig, nämlich für Bürgerbeteiligung auf der einen Seite und für Finanzen auf der anderen und genau in diese Richtung zielt meine Anfrage auch ab. Vorweg, natürlich ist es auch sinnvoll, Bürgerbeteiligung zu unterstützen, wir haben ja heute die Chance, sie wieder auch ein bisschen auf Vordermann zu bringen, auch die direkte Demokratie in Graz ein bisschen nach vorne zu bringen im Bereich der Murinsel. Da wird es dann noch die Debatte geben. In diesem Fall geht es eben um die Gelder, die bisher für die Bürgerbeteiligung in Graz aufgewandt wurden. Insgesamt sind ja in diesen mittlerweile acht Jahren 1,8

Millionen Euro aufgewandt worden. Laut den Informationen können 500.000 Euro auch nachvollzogen werden und die bisherigen Projekte sind durch das auch abgedeckt worden. Mich interessiert jetzt vielmehr, was ist mit den restlichen 1,3 Millionen Euro passiert, die ja dafür vorgesehen wurden, vor allem in den Budgets 2010, 2011 und 2012? Also die Frage, wo sind diese Geldmittel verbucht, wo sind sie gelagert oder für was sind sie wirklich eingesetzt worden?

Daher meine

Frage:

Zu welchem Zweck sind finanzielle Mittel in der Höhe von mehr als 1,3 Millionen Euro für den Bürgerbeteiligungsbeirat beziehungsweise das Projekt „Zeit für Graz“ reserviert (*Applaus FPÖ*)?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Herr Klubobmann! Zunächst die Feststellung, dass der Beirat für BürgerInnenbeteiligung über kein eigenes Budget verfügt entsprechend auch seiner Geschäftsordnung und dass die Tätigkeit im Beirat ehrenamtlich ist und jedenfalls von der Stadt nicht finanziell unterstützt ist. Das ist mir sehr wichtig, das hier einmal klar festzulegen, weil da immer wiederum andere Gerüchte und Informationen im Umlauf sind. Der BürgerInnenbeirat wird von der Stadt nicht finanziell unterstützt. Es ist aktuell eben auch damit keine Reservierung für Vorhaben in Bezug des Beirates gegeben, in der außerordentlichen Gebarung der Stadtbaudirektion sind die Gelder für Projekte, die aus der Planungswerkstatt „Zeit für Graz“ entstanden sind, budgetiert, also direkt in der Stadtbaudirektion. Es sind, ich will es jetzt einfach einmal wertneutral festhalten, weil es hätte mich natürlich auch gefreut im Nachhinein, es sind eben nicht

1,8 Millionen Euro für Bürgerbeteiligung ausgegeben worden, sondern schon, so wie du gesagt hast, die 500.000. Die Lösung von dieser Geschichte ist ganz einfach, man muss das Budget richtig lesen und zwar, wenn Mittel in einem Jahr budgetiert sind und sie werden dann nicht verbraucht, dann werden diese Mittel üblicherweise auf das nächste Jahr übertragen. Klar ist aber das eine, dass man dann diese beiden Werte nicht aufaddieren kann, sondern es sind erst dann Ausgaben, wenn diese Ausgaben eben tatsächlich getätigt worden sind und es sind Ausgaben gewesen, die über drei Jahre lang übertragen worden sind ins jeweils nächste Jahr und dann ausgegeben wurden. Also insgesamt, ich weiß ja gar nicht, ob das so positiv ist, insgesamt sind es jedenfalls die 500.000, wie es budgetär auch nachgewiesen werden kann, und nicht die 1,8 Millionen Euro. Von den 500.000 Euro sind unter anderem auch die 100.000 Euro ausgegeben worden für die Produktion der Leitlinien. Insgesamt möchte ich noch erwähnen, dass nicht alle Projekte ausschließlich von der Stadt über die Stadtbaudirektion finanziert worden sind. Vielleicht erinnerst du dich an die Einrichtung Mafalda, da sind auch Mittel geflossen vom Jugendamt damals und auch von der Finanzdirektion, es gibt auch einige weitere Projekte, die von anderen Abteilungen als von der Stadtbaudirektion insgesamt finanziert worden sind. Das heißt zusammenfassend, AOG-Mittel in der Stadtbaudirektion insgesamt bis jetzt 500.000, diese Mittel sind etwas erweitert worden durch Zuschüsse von anderen Abteilungen zu Projekten, die aus Planungswerkstatt „Zeit für Graz“ entstanden sind.

GR. Mag. **Sippel**: Danke einmal für die Beantwortung. Also meines Wissens nach haben wir trotzdem noch einmal 200.000 extra für die Erstellung der Leitlinien damals im Budget gehabt. Also das ist meine Erinnerung, das heißt, mit den 100.000 aus den 500.000 wären es dann 300.000. Aber anderes Thema, es schaut schon sehr danach aus, dass man sich da sehr verkalkuliert hat, wenn man insgesamt 1,8 Millionen Euro, was meiner Meinung nach eine sehr, sehr hohe Summe ist, hier auch bereit ist

aufzuwenden und dann nur auf der anderen Seite 500.000 auch tatsächlich verwendet, also ganz stimmig ist es trotzdem nicht. Meine Frage ganz einfach, wie geht es weiter? Was für Mittel wird es auch im nächsten Budget geben? Wie wird das weiter gehandhabt werden? Weil so richtig funktionieren tut ja dieses Vorhaben nicht (*Applaus FPÖ*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Entschuldigung, vielleicht etwas offene Äußerung, wenn du und vielleicht einige andere das Budget nicht lesen können, dann kann man deswegen nicht sagen, dass es nicht richtig funktioniert. Das ist ein Vorgang, der ganz alltäglich ist im Budget, dass Mittel nicht verbraucht werden und dann werden sie auf das nächste Jahr übertragen. Falsch ist nur, wenn man diese Mittel aufaddiert, man kann darüber reden, da bin ich ganz bei dir und habe auch gesagt, man kann durchaus darüber reden, ob die 500.000 nicht viel tatsächlich mehr hätten sein sollen, sie waren etwas mehr, das habe ich erläutert. Die Produktion der Leitlinien hat tatsächlich 103.000 oder 104.000 Euro gekostet, ist auch davon beglichen. Wie geht es weiter? Noch schnell ein paar Worte, wie es weitergeht. Wir haben derzeit eine Evaluierungsphase über die Leitlinien, die wir um ein weiteres Jahr verlängert haben, also dann insgesamt zwei Jahre, weil nach dem ersten Jahr noch relativ wenig Ergebnisse da waren für die Leitlinien und das wird auf jeden Fall gemacht. Ansonsten gibt es selbstverständlich laufend Veranstaltungen, laufend auch Projekte, die über das BürgerInnenreferat von der Stadtbaudirektion umgesetzt werden und ich möchte auch nicht unerwähnt lassen, dass der BürgerInnenbeirat, der Herr Ladstätter ist hier auf der Galerie, immer wieder sehr sein großes Interesse, vor allem eben im Bereich des Volksrechtgesetzes mitteilt, das ist heute auch vom Bürgermeister schon beantwortet worden, wie das weitergeht. Also da sind einige Projektschienen, die eben im Rahmen der BürgerInnenbeteiligung mitaufgesetzt sind und so hoffe ich, wir werden auch heute, wie du gesagt hast, darüber reden, dass wir da weiterhin auf einem, glaube ich,

durchaus insgesamt, jedenfalls im Vergleich mit anderen Städten, insgesamt auf einem sehr guten Weg sind (*Applaus ÖVP*).

8) Tierschutz und städtisches Tierheim für Graz

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner** stellt an StR. Mag. (FH) **Eustacchio** folgende Frage:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste auf der Galerie, sehr geehrter Herr Stadtrat! In meiner Frage geht es um das Thema Tierschutz und städtisches Tierheim und zwar im Zusammenhang mit einem Artikel, der in der Woche Graz am 3. Februar 2016 erschienen ist, wo es Kritik gegeben hat von einem Tierarzt oder zwei Tierärzten zum Tierschutz, zu den Tierheimen in Bezug auf die Behandlung und auch dass die Heime überfüllt sind. Das ist ein Thema, das uns ja schon seit Jahren begleitet und es wurden auch ein paar Vorschläge gemacht, einerseits dass es in Graz ein eigenes städtisches Tierheim geben könnte oder darüber hinaus ein Tierschutz-Kompetenzzentrum und in diesem Artikel wird Ihr Büro mit den Worten zitiert: „Im Büro des zuständigen Stadtrates laufen wir mit unserer Forderung jedenfalls offene Türen ein, wir sind uns der Problematik bewusst und haben den Tierschutz weit oben auf unserer Agenda für 2016.“ Nunmehr ist allerdings überraschend zu hören, dass Sie beim letzten Tierschutzgipfel mit den zuständigen Institutionen zum Ergebnis gekommen sind, dass es doch nicht notwendig sei, in Sachen Tierschutz und eigenes städtisches Tierheim aktiv zu werden.

Daher stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, seitens des grünen Gemeinderatsklubs folgende

Frage:

Welche Maßnahmen werden Sie zur Verbesserung des Tierschutzes und speziell der Situation in den Tierheimen setzen (*Applaus Grüne*)?

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Frau Gemeinderätin, Sie sagen ein wirklich wichtiges elementares Thema, das ja in unserer Gesellschaft auch hohe Priorität hat, weil sehr viele Menschen Tiere besitzen und sie als Partner ansehen. Aber zur Anfrage ganz konkret. Dass sich einiges in der Stadt Graz im Bereich Tierschutz tut, ist bekannt. Allein schon durch das Veterinäramt der Stadt Graz, das im Übrigen ausgezeichnete Arbeit leistet, werden viele Agenden zur Vermeidung von Tierleid abgedeckt. Neben den allgemeinen Verwaltungsaufgaben einer tierärztlichen Hausapotheke, der Tierevidenz, Überwachung von Tierseuchen und Erstellung von Gutachten zum Beispiel bei gefährlichen Tieren, das war ja auch immer jetzt ein Thema, kommt insbesondere die Kontrollfunktion des Veterinäramtes zu Tragen. Den gesetzlichen Vorgaben entsprechend zum Beispiel Tierschutzkontroll-Verordnung, Tierschutzgesetz, Tierhaltungsverordnung etc., um hier nur einige zu nennen, werden Kontrollen maßgebend in Bezug auf Tiertransporte, Tierhandlungen, Zoos, Veranstaltung mit Tieren und in Tierheimen durchgeführt. Was die wenigsten wissen, ist die Tatsache, dass es sehr viele Landwirtschaften im Raum Graz gibt, die auch Tiere halten und überprüft werden, zum Beispiel auch Reitställe und diese ebenfalls in die Kontrolltätigkeit des Veterinäramtes fallen. 50 % der Tätigkeiten der Amtstierärzte der Stadt Graz sind Tierschutzaufgaben. Ein zusätzlicher und nicht unwesentlicher Aufgabenbereich sieht Anzeigen, die im Veterinäramt einlangen, die je nach Sachlage an das Strafreferat weitergeleitet, bei der Staatsanwaltschaft eingebracht und Verwaltungsverfahren eingeleitet werden. Aber nicht nur auf Amtsseite tut sich einiges im Bereich Tierschutz, auch auf der politischen Ebene wird stetig von mir an einer Optimierung in diesem Themenbereich gearbeitet. Hier sei hervorgehoben, dass, eben

von Ihnen angesprochen, erst vor kurzem von mir zum ersten Runden Tisch des Tierschutzes eingeladen wurde und zahlreiche Vertreter aus Land, Stadt und diversen Tierheimen, die sich entweder ehrenamtlich für unsere Tiere einsetzen oder dienstlich damit betraut sind, begrüßt werden konnten. Ziel dieser ersten Runde war und ist es auch künftig, weil es wird ja nicht bei einer bleiben, Kräfte, die sich für das Wohl der Tiere einsetzen zu bündeln und aktuelle Probleme anzusprechen, sich auszutauschen, Informationen einzuholen und vor allem Schwierigkeiten bei der Umsetzung von gesetzlichen Vorgaben anzusprechen. Vor allem Letzteres offenbart einiges an Verbesserungs- beziehungsweise Optimierungspotential in Verbindung mit der oft zu langen Verfahrensdauer bei Tierschutzverfahren. Wie sagt man so schön im Steirischen, beim Reden kommen die Leute zusammen, aus diesem Grunde werde ich mich auch weiterhin für die Tiere und den Tierschutz einsetzen und zu weiteren Runden Tischen einladen. Mit den drei Tierheimen Landestierschutzverein für Steiermark, Aktiver Tierschutz Steiermark und dem Verein Kleine Wildtiere in großer Not ist die Stadt Graz gut aufgestellt, was jedoch nicht bedeutet, dass immer alles reibungslos funktioniert und es nicht hie und da zu Problemen kommen kann. Genau hier muss mit akribischer Voraussicht vorangegangen werden und alle Möglichkeiten zur Verbesserung für die Tiere erreicht werden können, auch angestrebt werden. Wir sind, kleine zusätzliche Information, bei diesem ersten Gipfel einfach zur Erkenntnis gelangt, dass es nicht notwendig ist, ein eigenes Tierheim zu betrauen, zu führen, weil wir gute Einrichtungen haben. Hier gilt es, mehr zu schauen, wie kann man behilflich sein, wie kann man die Vorgaben genau überprüfen, das tun wir und wie kann man auch mit dem Land gemeinsam schauen, dass man diesen Vereinen, denen man ja nichts aufoktroieren kann, behilflich sein kann, um das zu optimieren und das passiert und ich glaube, da sind alle an einem Tisch gesessen und ich habe das sehr positiv aufgefasst und wir werden auch dabei positiv weiterarbeiten, da bin ich überzeugt (*Applaus FPÖ*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Sie haben uns jetzt einiges geschildert, was im Rahmen des Tierschutzes und auch bezüglich der Tierheime passiert. Jetzt glaube ich, dass es in diesem Saal einige Gemeinderätinnen und Gemeinderäte gibt, denen das Thema genauso am Herzen liegt wie mir und daher stelle ich Ihnen folgende Zusatzfrage: Sind Sie bereit, den Gemeinderat bis zur Juli-Gemeinderatssitzung über Ihre Aktivitäten und Planungen in einem Bericht zu informieren (*Applaus Grüne*)?

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Mache ich gerne. Die Fragestellung ist die, ob es sinnvoll ist, so kurzfristig die Themenstellungen anzusprechen. Sie wissen, es gibt ja Tierschutz, ist Bundesgesetzgebung und über das Land versuchen wir, eben mit dem Sicherheitsgesetz zu agieren. Das heißt, hier innerhalb von zwei Monaten große Würfe zu erwarten, ist nicht machbar. Aber wenn Sie darauf bestehen, werde ich das gerne tun. Viel sinnvoller wäre es, wenn wir bei der nächsten Runde, wo ich den Termin noch nicht sagen kann, Sie einladen beziehungsweise auch jene Damen oder Herren, die in den einzelnen Fraktionen vertreten sind, die sich mit diesem Tierschutzthema auseinandersetzen, dass die dazukommen. Ich glaube, dass dieser Austausch sinnvoller ist, als wenn Sie irgendein Zettelwerk kriegen, wo halt ein paar Zahlen oben stehen, das wäre, glaube ich, das sinnvollere Angebot (*Applaus FPÖ*).

9) Museum der Wahrnehmung - neu?

GR. **Stöckler** stellt an StR.ⁱⁿ **Rücker** folgende Frage:

GR. **Stöckler**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren auf der Tribüne, sehr geehrte Frau Stadträtin, liebe Lisa! Vor rund zwei Monaten hat der Geschäftsführer des Kindermuseums, Mag. Jörg

Ehtreiber, zum Thema Museum der Wahrnehmung eine sehr interessante Präsentation vorgetragen, die, soweit ich das entnehmen konnte, über alle Parteigrenzen hinweg sehr positives Echo reflektiert bekommen hat. Jetzt ist mir auch bekannt, dass solche Dinge eine Zeit brauchen und eine Evaluierung brauchen. Ich weiß auch, dass du sicher an der Sache dran bist, aber aufgrund der Erfahrungen in den letzten Monaten wollte ich einmal nachhaken und fragen, nachdem es auch keine Rückmeldungen anscheinend Richtung Geschäftsführung des Kindermuseums gegeben hat.

Daher stelle ich an dich die

Frage,

liebe Stadträtin Lisa Rücker: Wie stehst du zur Neuausrichtung des MUWA und wann darf mit ersten Ergebnissen gerechnet werden?

StR.ⁱⁿ **Rücker**: Lieber Herr Gemeinderat, lieber Peter! Wo warst du im Kulturausschuss am 15.3.2016? Ich habe mir das Protokoll noch einmal herausgeholt und dann ist mir bewusst geworden, du warst sicher da, denn du hattest dann einen sehr engagierten Redebeitrag zum Tegetthoff-Denkmal, deswegen weiß ich, dass du anwesend warst. Und dass du bei dieser Präsentation anwesend warst, wo ich gemeinsam mit der Vizebürgermeisterin den Herrn Ehtreiber eingeladen habe, auf unsere Initiative hin diese Idee zu präsentieren und da ist im Protokoll auch festgehalten, was auch dort präsentiert worden ist, dass bis Herbst 2016 ein Konzept zu erarbeiten ist und dass wir vor 2017 nicht mit einem Start rechnen. Das heißt, es ist alles dort präsentiert worden. Die Meinungsbildung war uns wichtig im Kulturausschuss, es freut mich auch, dass die Idee, die übrigens wir im Kulturamt aufgegriffen haben als eine Perspektive, sehr breit

getragen wird, da bin ich bei dir und wir werden sicher im Herbst im Kulturausschuss wieder berichten, aber es dauert seine Zeit, da hast du Recht.

GR. **Stöckler**: Es geht nur darum bezüglich Rückmeldungen, ob dieses Konzept eine positive Erfahrung hat und das hätte mich auch interessiert und wahrscheinlich auch die Geschäftsführung des Kindermuseums, ob das ein gutes Konzept war. Es steckt sehr viel Arbeit dahinter und...

Zwischenruf StR.ⁱⁿ Rücker: Ich denke, dass die Rückmeldung gegeben wurde.

GR. **Stöckler**: Er ist jetzt nicht da, ich habe nur drüben angerufen und ich bekam die Meldung, es gibt keine Rückmeldung in die Richtung, um das geht es nämlich auch. Das liegt ja nicht an den Ausschussmitgliedern, die doch dort waren, sondern an der zuständigen Stadtsenatsreferentin.

StR.ⁱⁿ **Rücker**: Noch einmal zur Klarstellung: Wir sind im laufenden Austausch und es ist so, dass wir gleichzeitig natürlich auch die Perspektive des MUWA, die Frage des Mietrechts usw. parallel klären und ich einen Schritt, so wie es rechtlich sinnvoll ist, nach dem anderen mache, aber es ist klar, dass der Herr Ehtreiber von uns weiß, dass wir dieses Konzept gut finden, sonst wären wir damit nicht in den Ausschuss gegangen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke vielmals, damit haben wir die Fragestunde auch erledigt. Ich darf zwei Persönlichkeiten auf der ZuhörerInnengalerie ganz, ganz herzlich auch begrüßen, es wird keinen wundern, dass das Interesse an einer Gemeinderatssitzung vorliegt. Einmal darf ich Tina Wirnsberger ganz herzlich begrüßen und auch den Herrn Nationalrat Michael Ehmann, herzlich willkommen (*allgemeiner Applaus*).